

Antrag

der Abgeordneten Dr. Peter Paziorek, Dr. Maria Flachsbarth, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Dirk Fischer (Hamburg), Dr. Rolf Bietmann, Helge Braun, Georg Brunnhuber, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Cajus Julius Caesar, Hubert Deittert, Marie-Luise Dött, Albrecht Feibel, Enak Ferlemann, Georg Girisch, Josef Göppel, Peter Götz, Bernd Heynemann, Klaus Hofbauer, Volker Kauder, Norbert Königshofen, Werner Kuhn (Zingst), Eduard Lintner, Doris Meyer (Tapfheim), Klaus Minkel, Henry Nitsche, Günter Nooke, Franz Obermeier, Eduard Oswald, Ulrich Petzold, Wilhelm Josef Sebastian, Gero Storjohann, Lena Strothmann, Volkmar Uwe Vogel, Gerhard Wächter, Werner Wittlich und der Fraktion der CDU/CSU

Langfristiges Gesamtkonzept zur Reduzierung der Schadstoffbelastung in der Luft notwendig

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Um europaweit die Immissionsbelastung der Luft zu verringern, hat die Europäische Union (EU) 1996 die Luftqualitätsrahmenrichtlinie verabschiedet. Diese Richtlinie verfolgt das Ziel, bestimmte Luftqualitätsziele weitgehend unabhängig vom einzelnen konkreten Emittenten zu erreichen.

Die Rahmenrichtlinie wird durch mehrere schadstoffspezifische „Tochter-Richtlinien“ umgesetzt. Derzeit steht vor allem die erste „Tochter-Richtlinie“, die so genannte Luftreinhalte- bzw. Feinstaubrichtlinie, in der öffentlichen Diskussion. Diese setzt für die Schadstoffe Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffdioxid (NO₂), Stickstoffoxide (NO_x), Partikel (PM₁₀) und Blei (Pb) konkrete Luftqualitätsstandards und damit Grenzwerte fest. Nach der Luftreinhalterichtlinie sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung zu ergreifen.

Seit dem 1. Januar 2005 darf Feinstaub mit einer Körnchengröße von 10 Mikrometern (so genannte PM-10) nur an höchstens 35 Tagen im Jahr einen Grenzwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft überschreiten. Für das Jahr 2010 setzt die Luftreinhalterichtlinie die Zahl der zulässigen Überschreitungen der Tagesmittelwerte für Feinstaub auf sieben Tage herab. Ab 2010 werden daneben auch für Stickstoffdioxid Grenzwerte gelten. Die Stickstoffdioxid-Konzentration darf dann im Tagesmittelwert 200 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft höchstens 18 mal pro Jahr überschreiten.

Bereits heute ist abzusehen, dass diese Grenzwerte für das Jahr 2010 nicht eingehalten werden können, wenn nicht die erforderlichen Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffbelastungen in der Luft ergriffen werden.

In einigen deutschen Städten ist in diesem Jahr schon die 35-Tage-Grenze überschritten worden, in anderen Städten sind weitere Überschreitungen absehbar. Inzwischen gibt es verschiedene Vorschläge zur Reduzierung der Feinstaub- und Schadstoffbelastungen in der Luft.

Neben dem Verkehrssektor liegen auch in anderen Sektoren, wie zum Beispiel im Bereich der privaten Haushalte, noch erhebliche Potenziale zur Reduzierung der Schadstoffbelastung in der Luft. Beispielhaft hierfür kann der Ersatz alter Heizungsanlagen, die einen hohen Schadstoffausstoß haben, durch moderne, schadstoffarme Heizungsanlagen genannt werden.

Ein umfassendes Gesamtkonzept zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Industrie, das auch die Potenziale in anderen Sektoren umfasst, liegt allerdings noch nicht vor.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die verschiedenen Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffbelastung der Luft auf deren Zweckmäßigkeit zu überprüfen und im Rahmen eines schlüssigen Gesamtkonzepts zusammenzufassen sowie einen konkreten Zeitplan zu den einzelnen Umsetzungsmaßnahmen vorzulegen,
2. dabei die Länder, Kommunen und die Industrie einzubeziehen und so deren Erfahrungen nutzen zu können,
3. die zu ergreifenden Maßnahmen nicht nur einseitig auf den Verkehrssektor zu konzentrieren, sondern andere Sektoren, wie z. B. die privaten Haushalte, bei den Maßnahmen zur Verringerung der Schadstoffbelastungen mit einzubeziehen,
4. einen gemeinsam mit den Ländern abgestimmten Vorschlag für eine aufkommensneutrale, steuerliche Förderung von Rußpartikelfiltern vorzulegen,
5. gemeinsam mit der Industrie die Forschung und Entwicklung sowie den Einsatz alternativer Antriebsformen und Kraftstoffe voranzutreiben.

Berlin, den 19. April 2005

Dr. Peter Paziorek
Dr. Maria Flachsbarth
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Dirk Fischer (Hamburg)
Dr. Rolf Bietmann
Helge Braun
Georg Brunnhuber
Renate Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Cajus Julius Caesar
Hubert Deittert
Marie-Luise Dött
Albrecht Feibel
Enak Ferlemann
Georg Girisch
Josef Göppel
Peter Götz
Bernd Heynemann
Klaus Hofbauer

Volker Kauder
Norbert Königshofen
Werner Kuhn (Zingst)
Eduard Lintner
Doris Meyer (Tapfheim)
Klaus Minkel
Henry Nitsche
Günter Nooke
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Ulrich Petzold
Wilhelm Josef Sebastian
Gero Storjohann
Lena Strothmann
Volkmar Uwe Vogel
Gerhard Wächter
Werner Wittlich
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion